

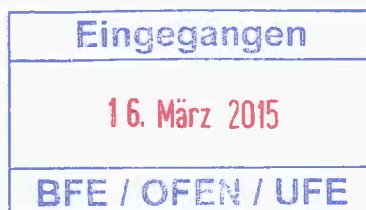


VEREINIGUNG BÜNDNERISCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE
ASSOCIAZIONE DA LAS IMPRAISAS ELECTRICAS GRISCHUNAS
ASSOCIAZIONE DELLE AZIENDE ELETTRICHE DEI GRIGIONI

VBE
AEG
AEG

SEKRETARIAT:
c/o Dr. iur. Christian Schreiber
Hartbertstrasse 11/Postfach 180
7002 Chur
Tel. 081 252 85 79
Fax 081 252 32 63

Internet: vbe-aeg.ch
E-Mail: info@vbe-aeg.ch



Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern

Chur, 13. März 2015 CS/sc

Vernehmlassung: Strategie Stromnetze

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Vereinigung Bündnerischer Elektrizitätswerke, der über 40 Elektrizitäts- und Kraftwerke im Kanton Graubünden angehören, erlauben wir uns, eine Stellungnahme zum vorgesehene Bundesgesetz über den Um- und Ausbau des Stromnetzes einzureichen.

I. Allgemeines

Im Grundsatz unterstützen wir die Absicht, die Grundlagen für den Um- und Ausbau eines bedarfsgerechten Stromnetzes zu schaffen. Diese sind unabhängig von den Zielen der Energiestrategie 2050 zu erarbeiten. Hingegen sind die beiden Bereiche aufeinander abzustimmen.

Die regulatorischen Vorgaben sind indessen auf ein Minimum zu beschränken, sodass die Netzbetreiber in der Erfüllung ihres Auftrages, ein sicheres, leistungsfähiges und effizientes Netz (Art. 8 Abs. 1 lit. a StromVG, SR 734.7) sicherzustellen, nicht unnötig eingeschränkt oder zusätzlich belastet werden. Es ist unerlässlich, dass zudem die Rahmenbedingungen für den Netzum- und -ausbau verbessert werden. In jedem Fall ist ein zusätzlicher administrativer und personeller Aufwand möglichst zu vermeiden. Der Sachplan darf nur bei Übertragungsleitungen angewandt werden und darf nicht auf weitere Netzebenen ausgedehnt werden. Ein entsprechender Mehraufwand wäre teuer, unverhältnismässig und brächte kaum Mehrnutzen.

Ersatzmassnahmen des Übertragungsnetzes dürfen nur im Einverständnis mit dem betroffenen Verteilnetzbetreiber erfolgen und müssen die Kriterien der betrieblichen und finanziellen Gesamteffizienz erfüllen.

Das alleinige Kriterium eines eindimensionalen Mehrkostenfaktors als Entscheidungsgrundlage für die Verkabelung einer Freileitung eröffnet der missbräuchlichen Anwendung Tür und Tor. Vielmehr sind die betrieblichen, finanziellen und gesellschaftlichen Faktoren in einer Gesamtabwägung als Grundlage heranzuziehen, ob eine Leitung verkabelt werden soll oder nicht. Namentlich erachten wir die finanziellen Auswirkungen einer forcierten Verkabelung in ländlichen Gebieten als nicht tragbar, da diese Kosten durch die örtlichen Nutzer zu tragen wären. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Nutzer in ländlichen Gegenden teure und nicht adäquate Netzanlagen finanzieren müssten.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

A Bundesgesetz betr. die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen (Elektrizitätsgesetz, EleG, SR 734.0)

1. Art. 15 b Abs. 2

Der Wortlaut der Bestimmung und die Ausführungen im Erläuternden Bericht decken sich nicht. Während dem der Gesetzestext den Begriff „Ersatzmassnahmen“ verwendet, ist im Erläuternden Bericht von „Rückbau“ die Rede (Seite 46).

Es ist auszuschliessen, dass der Übertragungsnetzbetreiber für eigene Projekte in die Netzstrukturen des nachgelagerten Verteilnetzbetreibers eingreift und für diesen nachteilige Folgen und Kosten verursacht.

Es ist unerlässlich, dass sich der Übertragungsnetzbetreiber mit dem Verteilnetzbetreiber bezüglich Ersatzmassnahmen abspricht. Der Verteilnetzbetreiber darf in seiner unternehmerischen Entscheidungsfindung nicht beschnitten werden.

Antrag

Art. 15 b Abs. 2 ist wie folgt zu ergänzen:

*Die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 kann auf **begründeten Antrag** des Betreibers des Übertragungsnetzes anordnen, dass die gestützt auf die Umweltschutzgesetzgebung einschliesslich der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung vorzunehmenden Ersatzmassnahmen im Verteilnetz innerhalb des betreffenden Planungsgebietes ausgeführt werden. Mögliche Ersatzmassnahmen müssen im betroffenen Verteilnetz eine betriebliche und finanzielle Effizienzsteigerung bewirken und sind mit dem jeweiligen Verteilnetzbetreiber abzusprechen.*

2. Art. 15 c Abs. 1

Die Verkabelung von Leitungen stellt einen namhaften Kostenfaktor dar und hat Auswirkungen auf das Betriebsverhalten im Netz.

Kraftwerke, die aufgrund der Bedingungen in den Wasserrechtsverleihungen die Mehrkosten zu tragen haben, können diese nicht überwälzen. Diese erheblichen zusätzlichen finanziellen Belastungen benachteiligen insbesondere die ohnehin unter starkem wirtschaftlichem Druck stehenden Wasserkraftwerke. Für sie ist eine Ausnahmeregelung vorzusehen, so dass entweder die teureren Verkabelungen nicht realisiert werden, oder dass die Mehrkosten durch die nationale Netzgesellschaft zu tragen sind.

Antrag

Art. 15 c Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:

Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, erneuert oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies nach einer Güterabwägung (Umwelt, Technik, Kosten) durch die Bewilligungsbehörde als notwendig erachtet wird und die Kosten nicht mehr als doppelt so hoch, wie diejenigen einer Freileitung sind.

Neu ist ein Abs. 5 (falls Abs. 3 und 4 gestrichen werden Abs. 3) wie folgt zu formulieren:

Netzbetreiber, die ihre Netzkosten nicht an die Endkunden überwälzen können, sind nicht verpflichtet, Leitungen des Verteilnetzes als Erdkabel auszuführen, sofern damit Mehrkosten verbunden sind. Dies gilt insbesondere für Wasserkraftwerke, die aufgrund von Wasserrechtsverleihungen verpflichtet sind, Netze auf eigene Kosten zu erstellen, zu ersetzen, zu erneuern oder auszubauen.

Eventualantrag

Neu ist ein Abs. 5 (falls Abs. 3 und 4 gestrichen werden Abs. 3) wie folgt zu formulieren:

Netzbetreiber, die ihre Netzkosten nicht an die Kunden überwälzen können, erhalten für die Mehrkosten der Erdverkabelung eine Vergütung der nationalen Netzgesellschaft. Dies gilt insbesondere auch für Kraftwerksgesellschaften, die aufgrund von Wasserrechtskonzessionen verpflichtet sind, das elektrische Netz auf eigene Kosten zu erstellen, zu betreiben und zu unterhalten. Die Vergütungen für die Mehrkosten sind Teil der Systemdienstleistungen der nationalen Netzgesellschaft.

3. Art. 15 c Abs. 2

Wie bereits festgehalten, bedeutet vermehrte Erdverkabelung erhöhte Investitionskosten und ansteigende Wiederversorgungszeiten. Dadurch dürfen dem Verteilnetzbetreibern keine Nachteile im Rahmen der Tarif- und Qualitätsregulierung erwachsen.

Aus Gründen der Planungssicherheit muss der Mehrkostenfaktor über eine bestimmte Zeitspanne von mindestens 5 Jahre unverändert bleiben.

Antrag

Art. 15 c Abs. 2 ist wie folgt zu ergänzen:

Der Mehrkostenfaktor beträgt höchstens 2.0. Der Bundesrat legt den Mehrkostenfaktor fest. Er berücksichtigt dabei Kriterien wie namentlich die Änderung des Verkabelungsgrades, die Auswirkungen auf die Netznutzungsentgelte, Entwicklung der Technologien und die Kosten für die Erdverkabelung. Dabei stellt er sicher, dass eine erhöhte Verkabelung zu keiner Benachteiligung für den Verteilnetzbetreiber führt. Der Bundesrat kann den Mehrkostenfaktor jeweils zeitgleich mit der Genehmigung eines neuen Szenariorahmens gemäss Art. 9a Abs. 3 StromVG anpassen.

4. Art. 15 c Abs. 3

Die Ausnahmeregelung betreffend die Überschreitung des Mehrkostenfaktors widerspricht den Zielen, ein bedarfsgerechtes Stromnetz zeitgerecht sicherzustellen und der Rechtssicherheit. Damit werden Einsprachen und Verfahrensverzögerungen geradezu provoziert.

Antrag

Art. 15 c Abs. 3 ist ersatzlos zu streichen.

5. Art. 15 e Abs. 1

In der Bestimmung ist zu präzisieren, dass die Sachplanpflicht bezüglich Stromnetze nur für das Übertragungsnetz und nicht für Verteilnetze und insbesondere die Netzebene 3 gilt.

Antrag

Art. 15 e Abs. 1 ist wie folgt neu zu formulieren:

Die Sachplanpflicht besteht nur für Anlagen des Übertragungsnetzes.

6. Art. 16 Abs. 2 lit. b

Diese Bestimmung ist im Sinne einer Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung ebenfalls zu revidieren. Es ist eine einzige Instanz vorzusehen.

Antrag

Art. 16 Abs. 2 lit. b ist ersatzlos zu streichen.

7. Art. 16 Abs. 7

Nach dem Grundsatz der Verfahrensbeschleunigung sind die Ausnahmen von der Plangenehmigung zu erweitern.

Antrag

Art. 16 Abs. 7 ist wie folgt zu ergänzen:

Der Bundesrat kann Hausinstallationen, Mittelspannungsverteilnetze, ~~und~~ Niederspannungserzeugungsanlagen sowie Umbauten von Starkstromanlagen von der Plangenehmigungspflicht befreien oder bestimmte Verfahrenserleichterung vorsehen.

8. Art. 26 a

Betreffend die Erhebung, Erfassung, Nachführung und Verwendung von Geodaten ist das Bundesgesetz über Geoinformationen (GeolG, SR 510.62) massgebend. Zudem verfügen die Kantone über eigene Geoinformationsgesetze und entsprechende GIS-Systeme. Doppelspurigkeiten und zusätzlicher Aufwand sind zu vermeiden (Art. 8 Abs. 2 GeolG).

Für eine zusätzliche und sich mit bereits verfügbaren Geodaten überschneidende Datenerhebung durch das BFE besteht kein Grund. Dieser Aufwand ist für Betriebsinhaber wie BFE zu vermeiden, zumal er durch keinen zusätzlichen Nutzen gerechtfertigt ist. Das BFE kann sich die erforderlichen Daten bei den bestehenden kantonalen GIS-Systemen beschaffen.

Antrag

Art. 26 a ist ersatzlos zu streichen.

B Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG, SR 734.7)

9. Art. 9a Abs. 1

Der Szenariorahmen ist möglichst breit abzustützen. Miteinzubeziehen sind auch die grossen Kraftwerksbetreiber.

Antrag

Art. 9a Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:

Das Bundesamt für Energie (BFE) erstellt basierend auf den energiepolitischen Zielen des Bundes, den gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten sowie unter Berücksichtigung des internationalen Umfeldes einen Szenariorahmen als Grundlage für die übergeordnete Netzplanung. Dabei zieht es die Kantone, die nationale Netzgesellschaft, die übrigen Netzbetreiber, die grossen Kraftwerksbetreiber und weitere Betroffene angemessen mit ein.

10. Art. 9a Abs. 5

Die Bestimmung sieht eine Prüfung der Mehrjahrespläne für alle Verteilnetzebenen vor. Dies ist mit einem zu grossen Aufwand verbunden und wird dem angestrebten Ziel nicht gerecht. Es genügt, wenn die Pläne betreffend die Netzebenen 1 und 3 überprüft werden.

Antrag

Art. 9b Abs. 1 ist wie folgt abzuändern:

*Die Netzbetreiber erstellen basierend auf dem Szenariorahmen und entsprechend dem weiteren Bedarf für ihr Netzgebiet einen auf zehn Jahre ausgelegten **Netzentwicklungsplan** (Mehrfjahresplan) und legen die **Pläne der Netzebenen 1 und 3** innerhalb von neun Monaten nach Genehmigung des letzten Szenariorahmens durch den Bundesrat der ElCom zur Prüfung vor.*

11. Art. 9c

Die Bestimmung ist zu eng gefasst. Sie muss sowohl die Festlegung von Einspeise- als auch Ausspeisepunkten erfassen.

Antrag

Die Marginalie zu Art. 9c ist wie folgt zu ergänzen:

Festlegung Einspeise- und Ausspeisepunkte

*Die Netzbetreiber legen die **Ein- und Ausspeisepunkte** für neue Anlagen auf der Basis von öffentlich zugänglichen Planungsdaten zur zukünftigen Entwicklung von Produktion und Verbrauch fest.*

12. Art. 9c Abs. 2

Die Beurteilung, welcher Anschluss technisch und wirtschaftlich am günstigsten ist, kann nicht allein auf die ursprünglichen Investitionen abgestützt werden. Vielmehr sind die gesamten Lebenszykluskosten zu berücksichtigen.

Antrag

Art. 9c Abs. 2 ist wie folgt zu ändern:

*In der Regel ist derjenige Punkt auf dem bestehenden oder zukünftigen Netz als Einspeisepunkt festzulegen, welcher **unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten** den technisch und wirtschaftlich günstigsten Anschluss ermöglicht.*

13. Art. 9e Abs. 2

Es ist nicht Sache der nationalen Netzgesellschaft, die Verantwortung für die Planung der Netzebenen 3-7 zu übernehmen. Wie im Erläuternden Bericht festgehalten, sind auch die Kraftwerksbetreiber miteinzubeziehen.

Antrag

Art. 9e Abs. 2 wie folgt zu ergänzen:

*Die nationale Netzgesellschaft **berücksichtigt für die Planung des Übertragungsnetzes und die damit zusammenhängende Bedarfsermittlung die Planung der Betreiber der Übertragungsnetze der Nachbarstaaten und die Planung der Betreiber der schweizerischen Verteilnetze der Netzebene 3 sowie Kraftwerke mit hoher Spannung.** Sie zieht die Kantone und weitere Betroffene angemessen mit ein.*

14. Art. 15 Abs. 1

Auch der Aufwand für intelligente Steuersysteme, die die gesetzlichen Vorschriften übertreffen, sollte ebenfalls anrechenbar sein, sofern die Mehrkosten verhältnismässig sind.

Antrag

Art. 15 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:

*Als anrechenbare Kosten gelten die Betriebs- und Kapitalkosten eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes. **Sie enthalten einen angemessenen Betriebsgewinn.** Die Betriebs- und Kapitalkosten gesetzlich vorgeschriebener Mess- und Steuersysteme sowie innovative Systeme zur Steuerung und Überwachung von Verteilnetzen gelten stets als anrechenbare Kosten.*

Wir bitten Sie höflich, unsere Erwägungen in die weiteren Schritte für die Gesetzesänderung einfließen zu lassen.

Freundliche Grüsse

**VEREINIGUNG BÜNDNERISCHER
ELEKTRIZITÄTSWERKE**

Der Sekretär:

Dr. Christian Schreiber

